

# Neues Konkurrieren um die alten Einwanderungskonzepte

Der altbundesdeutsche Einwanderungsgesellschaftskonvoi scheint sich über die Ränder des Öko-Tümpels hinaus zu bewegen. Mit „bunt gegen braun“ kehrt nicht nur die Kerzchen- und Händchen-Halte-Revolution zurück, sichtbar wird auch die Vegetation auf dem vom Chancellor der Medien-Konsensdemokratie skizzierten und vom grauen Marshal gebastelten runden Tisch. Grün dominiert aber weiter. Es waren schließlich die germanischen Naturhüter, die den ersten Entwurf für einen Quotenhumanismus in den 80er Jahren des vergangenen Jahrtausends vorgelegt hatten.

Rotgrün trat Ende 1998 mit der Ankündigung an, das im Grundgesetzartikel 116 verankerte völkische Prinzip des Staatsbürgerschaftsrechts abschaffen zu wollen. Das legislativ verabschiedete Versprechen erwies sich gleich nach dem Inkrafttreten des neu improvisierten Paragraphenwerks als eine Verschlechterung für jene, die lange auf eine Erleichterung gewartet haben. Dennoch zeichnete sich im bundesdeutschen Migrationsdiskurs seit Februar 2000 eine Wende ab, mit der sich auch der erste Bericht des „Rates für Migration“ befaßt: „Migrationsreport 2000: Fakten - Analysen - Perspektiven“, herausgegeben Klaus J. Bade und Rainer Münz, Campus Verlag, Frankfurt a.M./New York 2000. Folgende Auszüge wurden dem Beitrag von Klaus J. Bade und Michael Bommers zu diesem Band entnommen:

**D**ie neue Bundesregierung inszenierte die erstrebte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts als Bruch mit der bisherigen Migrations- und Ausländerpolitik. Sie schien anzunehmen, sich den politischen Freiraum dafür nur verschaffen zu können, indem sie im übrigen in Sachen Migration zahlreiche Topoi der „Belastung durch Zuwanderung“ aufrief. Sie reichten von den ökonomischen und politischen Kosten über „illegale Einwanderung“ und die Bedrohung durch Ausländerkriminalität bis zur Entstehung von als „Ghettos“ umschriebenen „ethnischen“ oder auch „fundamentalistischen“ Herkunftsgemeinschaften der Zuwandererbevolkerung. Reaktualisiert und fortgeschrieben wurde in diesem Zusammenhang die alte Selbstbeschreibung der Bundesrepublik Deutschlands als „Nicht-

Einwanderungsland“. Die alten Topoi erzielten überraschend aufs neue erhebliche öffentliche Resonanz. Auffallend war dabei, daß die bei der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts nicht zu umgehende öffentliche Diskussion über Konzeptionsfragen künftiger Migrations- und Integrationspolitik ausgerechnet von einer „rot-grünen“ Regierung unter den genannten Vorzeichen angestoßen wurde. Das schien in ein Schema zu passen, das sich über Jahrzehnte hinweg im öffentlichen migrationspolitischen Diskurs etabliert hatte. (...)

Seit Februar 2000 entfaltete sich dann erstmals eine positive Einwanderungsdiskussion. Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder für alle überraschend eingebrachte Vorschlag einer „Green Card“ für EDV-Spezialisten setzte eine - zunächst

relativ verwirrt - Diskussion über Einwanderung in Gang. Dabei ging es vor allem um die Frage, welche und wieviele Personen man zu welchen Bedingungen durch aktive Migrationspolitik nach Deutschland holen solle bzw. - wegen der internationalen Konkurrenz um Spitzenkräfte - überhaupt für Deutschland gewinnen könne. Es ging mithin nicht mehr nur, wie bis dahin üblich, um die Frage, welchen ohnehin zuwanderungswilligen Personen Zutritt gewährt werden solle und welchen nicht.

In der neuen Einwanderungsdiskussion zeigte sich zunächst eine bemerkenswerte Verkehrung der Fronten, die sich auch auf jene zum Regierungsantritt gewählte Form der symbolischen Politik zurückführen läßt: Die Oppositionsparteien CDU/CSU und FDP, Arbeitgebervertreter und schließlich auch die Gewerkschaften verlangten nach unterschiedlich ausgerichteten - im Falle von CDU/CSU z.B. wieder mit der Forderung nach schärferen Restriktionen im Asylbereich bzw. nach der Abschaffung des individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl verbundenen - Gesamtkonzepten zur Migrations- bzw. Einwanderungspolitik. Die Partner der „rot-grünen“ Koalition, die in ihrer Oppositionszeit jeweils selbst für umfassende Einwanderungsgesetzgebung geworben und auch entsprechende Gesetzesentwürfe erarbeitet bzw. eingebracht hatten, schienen von dieser spontan initiierten Debatte vor allem selbst überrascht und wirkten zunächst orientierungslos.

Während „Bündnis 90/Die Grünen“ als Regierungspartei vorsichtig die Kontinuität zu ihren früheren Forderungen nach Einwanderungsgesetzgebung und integralen Konzepten der Migrationspolitik wahrte, verweigerte sich die SPD zunächst dieser Diskussion und flüchtete sich statt dessen in die Benotung der Forderung nach Einwanderungsgesetzgebung: Man halte diese Diskussion für verfehlt, ja für gefährlich, im übrigen bedürfte das Ganze sorgfältiger und langfristiger Vorbereitungen im europäischen Kontext und sei deshalb ohnehin nicht innerhalb einer Legislaturperiode zu bewältigen. Auch das stand letztlich in der Tradition von Positionen und Argumenten von CDU/CSU, die in ihrer Regierungszeit Forderungen nach umfassender und konzeptionell ausgerichteter Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik zuerst grundsätzlich abgewiesen, dann fortlaufend vertagt und schließlich an die europäische Adresse delegiert hatte. Dazwischen lavierte, in immer neuen Interviews öffentlich nachdenkend, der in der Sache zuständige Bundesinnenminister, der zu Oppositionszeiten selbst ein Einwanderungsgesetz gefordert und namens seiner Partei eingebracht hatte. Bundeskanzler Schröder dekretierte noch im Frühjahr 2000 „Kein Einwanderungsgesetz in dieser Legislaturperiode“ und gab in der Fraktion zu Protokoll, die Einwanderungsthematik sei „ein Looser-Thema, eine Falle der Union“.

Allgemeinhin war bei diesem mitunter an eine klassische Verwechslungskomödie erinnernden politischen Rollentausch zweifelsohne auch die bekannte Tatsache von Belang, daß es für die Opposition immer leichter ist, Konzepte einzuklagen, als für die Regierung, deren Konzepte alsbald an ihrer praktischen Umsetzung gemessen zu werden pflegen. Eine Rolle spielte dabei zunächst aber auch die Sorge der SPD vor einer Wiederholung des CDU-Erfolgs in Hessen bei der

Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2000, in deren Vorfeld die CDU unter dem Stichwort „Kinder statt Inder“ vergeblich eine Neuauflage der Hessen-Kampagne erprobte, die indes nicht über episodischen Nachvollzug hinauskam. Die CDU war dabei selbst intern gespalten geblieben in der Frage, ob es strategisch vielversprechender sei, für eine konzeptionelle Einwanderungspolitik („Zuwanderungsbegrenzungs politik“) einzutreten und damit die Forderung nach einer Einschränkung des Asylrechts zu verknüpfen oder aber, im Blick auf die Hessen-Erfahrung, auf die Anti-„Green Card“-Kampagne zur Steigerung ihrer Wahlchancen in Nordrhein-Westfalen zu setzen. Nachdem sich am Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen gezeigt hatte, daß auch ein CDU-Wahlkampf nicht mehr ohne weiteres mit der Mobilisierung von Anti-Einwanderungsaffekten zu betreiben war, wuchs bei der CDU abrupt das Interesse an der Diskussion von Einwanderungskonzeptionen, während die SPD bekennen mußte: „Wir kriegen die Sache nicht mehr weg“.

Abermals hinkte im gesellschaftspolitisch zentralen Problemfeld von Migration und Integration die politische Gestaltung den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Erfordernissen hinterher. Viele Politiker zeigten sich von der hohen sozialen Anschlußfähigkeit und Resonanz des „Green Card“-Vorschlags zunächst ebenso überrascht wie davon, daß die positive Thematisierung von Einwanderung politisch mittlerweile weit weniger riskant zu sein schien, als dies nach der habitualisierten Annahme zu erwarten war, daß in diesem Zusammenhang die Vermeidung oder rituelle Ablehnung der Einwanderungsthematik für den Erhalt von Regierungsmätern hilfreich sei. Der amtliche Kurswechsel kam im Juni 2000 mit der Ankündigung von Bundesinnenminister Schily, eine überparteiliche „Sachverständigenkommission“ zur Diskussion von Migrationsfragen „ohne Tabus“ einzube-

### **Bis das Meer über die Ufer tritt...**

Bis das Meer über die Ufer tritt,  
folge ich deinen dunklen Schritten.  
Bis das Meer über die Ufer tritt.

Spanien,  
schweigsame Erde,  
Erde, verwundet auf ihren Wegen,  
bis das Meer über die Ufer tritt.

Schwalben meiner Heimaterde,  
meine Augen folgen eurem  
Zug auf eurem Fluge,  
bis das Meer über die Ufer tritt.

Ach, Erde von Cartagena,  
wie einsam bist du und verlassen,  
welche Dürre unter Palmen,  
bis das Meer über die Ufer tritt.

Neuerlich geh ich meereinwärts,  
um meine Netze auszuwerfen,  
bis das Meer über die Ufer tritt.

**María Teresa Cervantes**

## Schau-lustiges Volk

wortlos stehen  
 auf offener Bühne fein verkleidet  
 substanzlose Demokraten  
 Komparsen des Glücks  
 ...Statistenschwemme

mordsgaudium zu schauen diese  
 frustrierende performance  
 aus allem sich heraushaltend jedoch gleichzeitig

Fluchtwege öffnend  
 ...den kahlköpfigen Schlägerbanden

wenn wieder etwas geschehen sein wird  
 will wieder niemand etwas gewesen sein  
 in Wirklichkeit macht dreiste Täter

diese eifrig applaudierende  
 ...ZuschauerDemokratie

bewegt lautlos Eure Lippen  
 glotzt weiterhin gläubig auf die  
 Bühne der Sprachlosen  
 reckt höher die Häse damit ihr  
 ...nichts besser sehen könnt

**Ulrich Nehls**

rufen - mit der Aufgabe, bereits bis Mitte 2001 Vorschläge für ein entsprechendes Regelwerk und gegebenenfalls auch geeignete Institutionen zu erarbeiten.

Die überparteiliche Sachverständigenkommission umfaßt indes nur wenige im engeren Sinne Sachverständige und wurde überdies auf eine Weise implantiert, die den Eindruck nahelegen konnte, man sei bereits mitten im nächsten Bundestagswahlkampf, für den die CDU/CSU das Thema in der Tat ursprünglich hatte aufsparen wollen. Die Kommission, die keine Sachverständigenkommission ist, ist aber auch keine Vertretung der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen, zumal eine Vertretung der am meisten betroffenen Gruppe, der zugewanderten Bevölkerung, fehlt, die einen immer größeren Teil der Gesellschaft Deutschlands stellt: Es gibt z.B. einen Vertreter der Deutsch-Türken als der nach wie vor stärksten zugewanderten Minderheit ebensowenig wie einen Vertreter der Aussiedlerbevölkerung, die sich ihre Einwandererexistenz und der damit verbundenen Probleme immer bewußter wird. Es gibt zwar einen katholischen und einen evangelischen Bischof, auch den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, aber keinen Vertreter des Islam als der inzwischen drittstärksten Religionsgemeinschaft in Deutschland. Es geht, der Zusammensetzung der Kommission nach zu schließen, auch mehr um Migrations- als um Integrationspolitik. Integration aber ist die gesellschaftspolitische Kehrseite der Migration. Es kann nicht nur um Regelsysteme für Migrationssteuerung als Modernisierungsstrategie im wirtschaftlichen Interesse gehen. Es geht immer auch um einen hochsensiblen Kernbereich der Gesellschafts- und Kulturpolitik. Wer das verkennt, riskiert soziale und kulturelle Konflikte. Die Kommission ist, hoff-

fentlich, ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte. Sie könnte aber auch ein Mittel zur Verdrängung der Debatte in die für die deutsche politische Kultur so prägenden korporatistisch abgeschirmten Bahnen werden und damit die dringend notwendige weitere öffentliche und parlamentarische Diskussion lähmen.

Mit der von der „rot-grünen“ Bundesregierung einberufenen Zuwanderungskommission unter Leitung von Rita Süßmuth (CDU) wetteiferte bald eine Zuwanderungskommission der CDU unter Leitung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller (CDU). Mit der - im Kern an eine Gastarbeiterpolitik für hochqualifizierte Zuwanderer erinnernden und durchaus nicht mit der erst zu erarbeitenden Einwanderungskonzeption zu verwechselnden - „Green Card“ der Bundesregierung konkurrierte alsbald eine von der bayerischen Landesregierung initiierte, dann auch von Hessen und Niedersachsen übernommene „Blue Card“.

Man darf gespannt sein, zu welchen Ergebnissen die neue Konkurrenz um Zuwanderungs- bzw. Einwanderungskonzepte und, hoffentlich auch, Integrationskonzepte führen wird. Offen bleibt insbesondere, ob und inwieweit das Bemühen um umfassende Zuwanderungsregelungen gleichbedeutend mit weiteren Restriktionen im Asylbereich sein wird.

Eine historische Voraussetzung dafür, daß die positive Thematisierung von Einwanderung und die Abwägung ihres Für und Wider sich zu einem normalen Bestandteil politischer Auseinandersetzung entwickeln konnten, war die beschriebene sukzessive Entwertung der symbolischen Politik der „Nicht-Einwanderung“. Die Geschichte des Umgangs mit dem Thema Migration auf der öffentlich-politischen Bühne legt es nahe, diese Bühne nun, nachdem das alte Einwanderungsdementi mehr und mehr zur Karikatur geraten ist, für die gemeinsame Erarbeitung neuer Grundlagen der Migrations- und Integrationspolitik und für deren öffentliche Darstellung frei zu machen.

Migrationspolitischer Handlungsspielraum in Deutschland könnte - nicht nur für die Bundesregierung - bei alledem auch dadurch zu gewinnen sein, daß einige der rituellen Dementis und Differenzmarkierungen, der Miserabilismen und der wechselseitigen populistischen Skandalisierungen im Umgang mit der Thematik verzichtbar geworden sind und aufgegeben werden können. Damit wäre der Weg offen zu einer politischen Normalisierung der Problemfelder von Migration und Integration auch im politischen Diskurs, die ihrer allenthalben nachvollziehbaren Erfahrung im gesellschaftlichen Alltag entspricht. Eine solche Normalisierung würde das pragmatisch Erreichte öffentlich bewertbar machen und darauf basierende Anschlußperspektiven eröffnen. Sie würde dem für die weitere Gestaltung von Migration und Integration unabdingbaren Fundamentalkonsens bessere politische Chancen bieten als bisher. Das aber ist unabdingbar für eine als Gesellschaftspolitik verstandene Migrationspolitik, die nicht nur als wirtschaftlichen Erfordernissen entsprechende Modernisierungsstrategie verstanden und gestaltet wird, sondern auch den humanitären Verpflichtungen Rechnung trägt.

